

An die Oberbürgermeisterin  
Frau Henriette Reker

Rathaus, Spanischer Bau  
50667 Köln  
Postanschrift:  
Postfach 103564 · 50475 Köln  
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841  
E-mail: [DieLinke@stadt-koeln.de](mailto:DieLinke@stadt-koeln.de)  
Fraktionsvorstand

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 02.11.2017

**AN/1582/2017**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	14.11.2017

**Einsatz von Sprachmittlern in den städtischen Krankenhäusern prüfen**

Sehr geehrte Frau Reker,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung zu setzen:

Beschluss:

1. Die Verwaltung möge prüfen, unter welchen Umständen und Voraussetzungen der Einsatz von Sprachmittlern in den städtischen Krankenhäusern möglich wäre.

Die Sprachmittler sollen – parallel zum Einsatz bei Gesprächen mit städtischen Dienststellen, Schulen und Kitas – bei wichtigen und sensiblen Gesprächen zum Einsatz kommen, bei denen es dem/der Patienten/in nicht zumutbar ist, sich von Kindern, Verwandten oder Freunden übersetzen zu lassen. Das betrifft in der Regel Anamnese- und/oder Diagnosegespräche. Das trifft insbesondere auf Fälle zu, in denen ein schwerer und gefährlicher Verlauf der Krankheit zu erwarten ist oder die Symptome bzw. die Krankheit selbst stigmatisierend und schambehaftet sein können, z. B. bei Geschlechtskrankheiten oder nach Sexualdelikten.

2. Die Verwaltung soll in Zusammenarbeit mit den städtischen Kliniken ermitteln, wie hoch der Bedarf an Sprachmittlern ist und wie viele Mittel dazu zur Verfügung gestellt werden müssten.
3. Die Verwaltung soll Kontakt mit dem Landschaftsverband Rheinland aufnehmen, der in seinen Kliniken Sprachmittler bereitstellt. Sie soll prüfen, inwieweit das LVR-Regelwerk zum Einsatz der Sprachmittler auch auf die städtischen Kliniken übertragbar ist, um

- Synergieeffekte zu nutzen. Die Erfahrungen, die der LVR mit diesem Projekt gemacht hat, sollen in die Mitteilung einfließen.
4. Es sollen Möglichkeiten der Finanzierung geprüft werden. Dazu soll sowohl Kontakt mit den Krankenkassen aufgenommen werden, als auch ein möglicher Einsatz von EU-Fördermitteln geprüft werden.
  5. Die Ergebnisse der Prüfung werden dem Rat als Mitteilung zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Die Akteure des Gesundheitswesens und der Geflüchteten- und der Migrationspolitik sind sich darin einig, dass sprachliche Barrieren im Gesundheitswesen ein Problem darstellen. Das hat nicht zuletzt die Antwort auf die Anfrage der LINKEN, Drucksache 2124/29017 vom 11.7.2017 gezeigt: „Das Problem – nicht nur in Köln – ist die fehlende Finanzierung von Sprachmittlung bei Versorgung im medizinischen Regelsystem.“

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein

Fraktionsgeschäftsführer